

Entschuldigung für Radikalenerlass

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat bei den Betroffenen des sogenannten Radikalenerlasses um Entschuldigung gebeten. Mit der Regelanfrage zur Verfassungstreue von 700 000 Anwärtern für den öffentlichen Dienst zwischen 1973 und 1990 habe Baden-Württemberg „eine ganze Generation unter Generalverdacht gestellt“, erklärte Kretschmann. Der Radikalenerlass war 1973 von der Bundesregierung unter Willy Brandt beschlossen und 1979 wieder zurückgenommen worden. In Bayern galt er sogar bis 1991.